

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Integration,
Frauen und Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

42. Sitzung
27. November 2025

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.20 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Berufsbezogener Spracherwerb – Stand und
Maßnahmen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0217](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt der Tagesordnung begrüße ich zunächst die Mitglieder des hinzugeladenen Ausschusses für Arbeit und Soziales, falls anwesend. Und ich möchte Sie gerne darauf hinweisen, dass von SenASGIVA Herr Dr. Ulaş Şener hier ist – auch Ihnen herzlich willkommen! –, der auch für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen kann.

Dann begrüße ich sehr herzlich unsere Anzuhörenden, die schon seit einer Stunde geduldig hier im Raum sitzen. – Sorry, dass das ein bisschen länger gedauert hat als ursprünglich avisiert! – Ich darf ganz herzlich Frau Svenja Ketelsen – ich mache das alphabetisch – hier begrüßen. Sie ist Fachbereichsleitung Migration und Gute Arbeit Berlin, Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit, Kurzform BEMA, Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg gGmbH. Ich darf auch Frau Karin Zirkelbach sehr herzlich begrüßen. Sie ist Direktorin der Volkshochschule City-West. – Herzlich willkommen Ihnen beiden! Danke, wie gesagt, noch mal, dass Sie sich die Zeit genommen haben!

Ich nehme an, Sie möchten alle ein Wortprotokoll haben; das ist die Frage an die Abgeordneten. – Sie nicken zustimmend. Dann machen wir das so. Für die Begründung des Besprechungsbedarfs darf ich Frau Senge von der CDU das Wort geben. – Bitte sehr!

Katharina Senge (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch herzlich willkommen an die beiden Anzuhörenden! Wir haben das Thema berufsbezogener Spracherwerb auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir zum einen natürlich den Spracherwerb für sehr wichtig halten, aber auch die Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkteinstieg von Menschen, die neu nach Berlin kommen, und zum anderen gab es da in den letzten Jahren ja auch einige Entwicklungen. Wir hätten uns sehr gefreut, heute jemanden von der Bundesebene dabei zu haben, der zu den Integrationskursen und der Weiterentwicklung dort spricht. Das hat leider nicht geklappt, aber ich glaube, auch mit Ihnen beiden werden wir eine sehr spannende Anhörung haben.

Es gab auf der Bundesebene Entwicklungen mit dem Job-Turbo und entsprechenden Anpassungen. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte die Integrationsbeauftragte Berlins einmal in einem Ausschuss hier erwähnt, dass auch die Berliner Kurse einen Blick darauf haben oder sich auch mit Blick auf entsprechende Flexibilisierungen zwecks schnellerer Arbeitsmarktintegration weiterentwickeln. Deshalb wollen wir uns heute einmal mit dem Thema beschäftigen, wie der Stand ist, welche Angebote es gibt, welche Entwicklungen es in der letzten Zeit aus Ihrer Sicht gab und wo es noch Weiterentwicklungsbedarfe gibt. Insbesondere ist von Interesse, wie die Kombination mit Berufstätigkeit ist, zum Beispiel durch Teilzeitkurse oder auch Intensivkurse, die man vielleicht am Anfang schneller machen kann, um dann schneller in die Arbeit zu kommen. Gibt es das, auch für unterschiedliche Lernergruppen, Schnelllerner und Langsamler? Wie ist die Nachfrage? Wie ist die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern,

Berufsschulen und Kammern? Was funktioniert aus Ihrer Sicht gut und was vielleicht noch nicht so gut? Wie gut funktioniert also die Verknüpfung von Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration? – Das sind die ganz allgemeinen Fragen, die wir erst mal in den Raum stellen, und dann können wir das später sicher mit Fragen vertiefen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: So machen wir das. – Dann haben Sie jetzt gleich die Möglichkeit, uns Ihre Statements mitzuteilen, das heißt, Sie bekommen gleich das Wort. Haben Sie sich schon verständigt, wer beginnen möchte? Sie können das entscheiden. – Dann fängt Frau Ketelsen an. Unter dem Monitor vor Ihnen ist eine Uhr, darauf sehen Sie, wie die Zeit läuft. Sie startet, wenn Sie beginnen zu reden, sodass Sie die gut fünf Minuten dort selber sehen können. Fünf bis sechs Minuten würde ich Ihnen gerne Zeit geben. – Dann haben Sie das Wort. Bitte sehr!

Svenja Ketelsen (Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit – BEMA): Ich bin geübt im Schnellsprechen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vorsitzende Ülker Radziwill: Perfekt!

Svenja Ketelsen (BEMA): Ich würde ganz kurz zwei Sätze zum BEMA sagen, damit auch bewusst ist, über welche Zielgruppe ich hier insbesondere spreche.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir sind das Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit und haben drei große Angebote. Das größte Angebot, das wir haben, ist die Beratung, insbesondere zu den Themen Arbeitsrecht, Sozialrecht und auch strafrechtlich relevante Zwangsarbeit. Unser größter Schwerpunkt liegt beim Thema Arbeitsrecht. Wir beraten insbesondere Migrantinnen und Migranten, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen in Berlin beschäftigt sind. Ansonsten bieten wir noch präventive Schulungen an und spiegeln unsere Expertise, so wie heute, regelmäßig in Zivilgesellschaft und Politik.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dabei belasse ich es jetzt, um es kurz zu halten. Ich lasse Ihnen zum Mitlesen die Folie geöffnet, welche Länder bei uns in der Beratung im letzten Jahr insbesondere angekommen sind, welche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, und würde jetzt gerne zum Thema kommen.

In unserer Beratungstätigkeit erfahren wir regelmäßig, dass das Thema Sprache einer der größten Abhängigkeitsfaktoren unserer Ratsuchenden ist. Aufgrund von fehlenden Deutschsprachkenntnissen erleben wir immer wieder, dass Menschen trotz guter Ausbildung aus dem Herkunftsland in prekären Beschäftigungsverhältnissen verbleiben. Sie befinden sich in einem Kreislauf aus viel Arbeit, wenig Lohn, keiner Zeit und kaum einem Zugang zu Sprachkursen. In unserer Beratungstätigkeit haben wir es noch nicht erlebt – damit habe ich vielleicht schon eine Frage halbwegs beantwortet –, dass Ratsuchende über ihre Arbeitgeber eine Förderung des Spracherwerbs erhalten haben. Wie gesagt spreche ich hier über die Zielgruppe der besonders prekär beschäftigten Menschen, beispielsweise in der Baubranche, der Reinigung et

cetera pp. Aber auch beispielsweise im medizinischen Bereich werden gut ausgebildete Personen langfristig in Helferinnentätigkeiten eingesetzt, die schlechter bezahlt sind. Das wird mit geringen Sprachkenntnissen begründet, die Tätigkeiten, die sie am Ende ausführen, sind aber häufig die einer Fachkraft, in dem, was sie in ihrem Herkunftsland gelernt haben. Die Sprache wird von Arbeitgebern daher häufig als Begründung genutzt, um Menschen in Fachkraftpositionen unterzubezahlen.

Neben der hohen beruflichen Belastung im medizinischen Bereich haben wir häufig Fälle, die davon berichten, auch ungünstigere Schichten und mehr Schichten als Kolleginnen und Kollegen zu bekommen, was einen nebenberuflichen Spracherwerb eigentlich kaum möglich macht. In seltenen Fällen, in denen Spracherwerb im beruflichen Kontext ermöglicht wurde, ging das häufig mit rechtswidrigen Klauseln im Vertrag einher, die die Mitarbeitenden an die Betriebe binden oder zu hohen Rückzahlungen verpflichten sollten, wenn sie wieder kündigen. Personen, deren Aufenthalt zum Zwecke der Ausbildung oder Weiterbildung ist, haben einen hohen Druck, innerhalb kurzer Zeit ihren Spracherwerb nachzuweisen. Wir haben in unserer Beratung – allerdings wenige – Fälle, in denen Ratsuchende in prekärer Beschäftigung dies mit viel Kraft und Aufwand geschafft haben, jedoch ist dies die Ausnahme.

Zusammenfassend können wir berichten, dass wir keinerlei positive Erfahrungen mit berufsbezogenem Spracherwerb haben, beispielsweise auch bei den vom BAMF geförderten Instrumenten. Der Zugang hat hohe Hürden, die im Bereich der prekären Beschäftigung teils auch an den Arbeitgebern liegen. Auch die Bindung an aktuelle Branchen der Spracherwerbskurse hindert die Weiterqualifizierung in dem Bereich, der eigentlich angestrebt ist. Das heißt, wenn Menschen beispielsweise als medizinische Fachkräfte hier ankommen, vielleicht aber erst mal einen Berufseinstieg in einer anderen Branche haben, dann bekommen sie diese BSK-Kurse beispielsweise nur für diese andere Branche, aber nicht für den Bereich, in den sie eigentlich möchten, also für ihren Ursprungsberuf.

Zu welchen Paradoxien dies teils auch führt, zeigt die Erfahrung mit wenigen Fällen von EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Damit diese einen Zugang zu Sprachkursen erhalten, ist es manchmal einfacher, nach einer einjährigen Tätigkeit eine Kündigung in Kauf zu nehmen und über das Jobcenter geförderte Sprachkurse zu absolvieren, als während ihrer beruflichen Tätigkeit einen geförderten Sprachkurs zu absolvieren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ähnliche Rückmeldungen – jetzt gehe ich noch mal zwei, drei Folien weiter – habe ich auch von meiner Kollegin Johanna Lambertz aus unserem Fachbereich Arbeitsorientierte Grundbildung erhalten. Sie berichtet, dass Instrumente des Spracherwerbs wie Job-BSK, Azubi-BSK oder Förderungen nach dem Qualifizierungschancengesetz trotz guter Ambitionen in der Praxis wenig nutzbar sind. Sowohl für Fachkräfte wie auch für die Betriebe ist die Umsetzung von Sprachkursen über diese Instrumente sehr hochschwellig. Teils gibt es wenige Bildungsanbieter, die diese Kurse möglich machen, und es gibt zu starre Vorgaben zu den Voraussetzungen. Beispielsweise Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen in einer gewissen Branche zusammenzubekommen, funktioniert ziemlich selten. Und die Beantragung dieser Förderinstrumente ist sehr arbeitsintensiv und benötigt eigentlich eine sehr engagierte Person in den Betrieben, um das wirklich umzusetzen. Das heißt eigentlich, dass kleine und mittelständische Unternehmen das nicht hinbekommen, weil sie die Ressourcen dafür nicht haben. O-Ton von

meiner Kollegin aus dem Fachbereich ist, dass das Angebot und die Nachfrage nach Sprachkursen nicht zusammenkommen.

Gleichzeitig hat sie mir ein paar Forderungen mitgegeben: dass die Instrumente, die das BAMF anbietet, die, wie gesagt, mit Sicherheit gute Ambitionen im Hintergrund haben, auf Nutzbarkeit überprüft werden sollten, dass Zugangsbarrieren abgebaut werden sollten, dass wir auch effektivere Anerkennungsprozesse von Berufsabschlüssen benötigen. Denn auch das führt – das habe ich in der Mitte geschrieben – häufig dazu, dass, wenn wir zweijährige Fristen haben, um einen Berufsabschluss anerkennen zu lassen, Menschen ihre Sprachkenntnisse, die sie mitbringen, wieder verlernen, weil sie so lange in ihrer Community verbleiben und die Sprache nicht anwenden. Und das wissen wir wahrscheinlich alle: Wenn man eine Sprache nicht anwendet, ist sie irgendwann ein bisschen verloren gegangen. Das heißt, das ist eine Forderung. Zudem hat sie mir mitgegeben, dass sie sich darüber freuen würde, wenn es Landesförderinstrumente gäbe, die vielleicht etwas flexibler handhabbar und niedrigschwelliger zugänglich sind. Ansonsten kann ich nachher bestimmt noch ein paar Fragen dazu beantworten, falls etwas kommt. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für dieses Eingangsstatement! – Sie können gerne in der Fragerunde auf die Fragen der Abgeordneten weitere Erläuterungen und Antworten geben. – Dann darf ich das Wort gerne an Frau Zirkelbach übergeben. – Bitte!

Karin Zirkelbach (Volkshochschule City-West): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Einladung! Ich bin Karin Zirkelbach, die Direktorin der Volkshochschule City-West, spreche aber für die zwölf Volkshochschulen in den zwölf Bezirken. – Ich würde zu meiner Vorrednerin sagen, dass wir einen anderen Aspekt haben. Die Volkshochschulen setzen Berufssprachkurse um. Uns beschäftigt eher die Frage, wer ankommt, und nicht, wer nicht ankommt. Vorab kann ich sagen, dass die Nachfrage und der Bedarf an berufsbezogenen Sprachkursen an den zwölf Volkshochschulen weitaus höher sind als das Kursangebot.

Die Zahlen, die ich gleich nennen werde, sind eher ein Eindruck. Sie sind nicht valide, sie sind in den letzten zwei Tagen aufgrund von Zuruf entstanden. Offizielle Zahlen bekommen Sie vom Bundesamt. Meine Zahlen dienen nur dazu, ein bisschen zu illustrieren, wie die Situation an den zwölf Volkshochschulen vor Ort ist. Aktuell haben alle zwölf Volkshochschulen zusammen 18 sogenannte berufsbezogene Sprachkurse. Im Jahr 2024 hatten sie 30 berufsbezogene Sprachkurse. Das heißt, das ist deutlich reduziert worden.

Kleiner Exkurs zum Jahr 2024; ich weiß nicht, ob das allen hier so klar ist: Damals gab es ein Moratorium, und es wurden ziemlich über Nacht Kurse abgesagt, die nicht mehr stattgefunden haben. Das hat in den Volkshochschulen 18 Kurse mit circa 400 Teilnehmenden betroffen und ungefähr 25 Lehrkräfte, die ohne Verträge waren. 400 Teilnehmende sind zum Jobcenter, zur Arbeitsagentur oder zum BAMF zurückgegangen, weil sie kein Kursangebot hatten. Ich wollte noch mal sagen: Das bedeutet, der Bund hat hier wirklich drastisch durchgegriffen, und das hatte eine Auswirkung für alle Beteiligten, sowohl für das BAMF als auch für die Jobcentermitarbeiter und die Volkshochschulen.

Die Frage ist: Wo sind diese 400 verblieben? – Denn es gibt einen weiteren Unterschied zum letzten Jahr: Letztes Jahr gab es mehrere differenzierte Angebote. Ich will jetzt nicht in die Tiefe gehen, aber sprachlich konnten sie A2-Zielniveau, B1-Zielniveau, C1-Zielniveau errei-

chen. Diese Kurse sind gestrichen, es gibt nur noch B2 als Zielniveau im Angebot. Damit wird schon deutlich, dass es letztes Jahr einen Bedarf gab, ich nehme an, dieses Jahr auch, aber sie werden nicht zu den Kursen zugelassen. Es gibt quasi keine Angebote, die Kurse sind ersatzlos gestrichen.

Woran erkennen die Volkshochschulen noch fehlende Bedarfe? – Es wurde schon angesprochen, es gibt ein Gesamtprogramm Sprache, das sich so aufbaut: Integrationskurse, dann BSK-Kurse. Auch bei den Integrationskursen gab es letztes Jahr große Veränderungen. Es gibt bestimmte Formate nicht mehr, und es gibt auch nicht mehr die Möglichkeiten für Menschen, die ihre Spracherwerbsprüfung DTZ nicht so gut abgeschlossen haben, vielleicht keine ausreichenden Kenntnisse haben, nicht genügend ausreichende Kenntnisse haben. Die hatten bis zum letzten Jahr die Möglichkeit, noch mal maximal 300 Stunden zu beantragen, um ein zweites Mal die Prüfung zu versuchen. Diese Menschen sind auch irgendwo, das lässt sich nur implizit, indirekt anhand der Prüfungsergebnisse ermitteln. Die Prüfungsergebnisse unterscheiden sich vom letzten Jahr 2024 bis 2025 nicht erheblich. Auch hier ist die Frage: Wo ist die Zielgruppe? Was passiert? Was ist mit denjenigen, die die Sprache lernen möchten?

Ich möchte mich kurz bei SenASGIVA bedanken, weil wir weiterhin Flüchtlingskursmittel zur Verfügung haben und mit Mitteln, die im Rahmen von Pilotkursen übrig geblieben sind, Menschen einen Kurs anbieten können, die einen sehr hohen Bedarf haben und deren Kenntnisse ausgesprochen niedrigschwellig sind. Das ist aber nur eine Linderung, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dann stellen wir anhand der ausgestellten Teilnahmeberechtigungen auch noch fest, dass das viel mehr als das Kursangebot insgesamt in Berlin sind. Es gibt also Wartelisten. Auch stellen wir in den Einstufungen fest – Menschen, die eine Teilnahmeberechtigung haben, müssen einen Einstufungstest machen, dann können für den Kurs zugelassen werden –, dass ganz andere Spracheinstufungen vorliegen, als für dieses Kursniveau passt.

Zu guter Letzt gibt es hier in Berlin, wie sich in den letzten Tagen bei meinen Zugriffen herausgestellt hat, auch noch eine indirekte Bedarfsmeldung. Es gibt nämlich Menschen von der Arbeitsagentur und auch vom Jobcenter, die fehlerhafte Teilnahmeberechtigungen ausstellen, insbesondere für den Bereich B1, den die Volkshochschulen besonders vermissen, weil der besonders stark nachgefragt ist, wenn man den Integrationskurs nicht mit B1 bestanden hat.

Auch gibt es eine ganz große Nachfrage nach C1-Kursen. Hier kommen die Berufe sofort zum Tragen. Diese Kurse werden benötigt, wenn sie nicht nur ungelernte Tätigkeiten ausführen wollen, wo das Sprachniveau und die Verständigung vielleicht egal sind. Auch im Handwerk oder bei Ähnlichem ist das Sprachniveau bei Einzelnen, insbesondere bei Arbeitssicherheit, besonders stark nachgefragt. Es geht nicht, dass man da einfach jemanden hinschicken kann und sagen kann, dass der dort arbeitet. Dieses C1-Angebot wird insbesondere von Job-suchenden stark nachgefragt. Es gibt aber noch eine andere Ebene: Beschäftigte können diese Kurse auch beim BAMF direkt anfragen, und – das sind jetzt nur persönliche Rückmeldungen – die Nachfrage nach C1 ist nicht möglich.

Es gibt einen weiteren Punkt – dazu fasse ich mich ganz kurz –, das ist die Planung. Es gibt große Schwierigkeiten bei der Planung. Die Volkshochschulen melden, dass sie mitunter zwei Wochen Zeit haben, um einen Kurs zu eröffnen. In Bezirken, in denen es keine Abstimmung

zwischen privaten Trägern untereinander und den Volkshochschulen gibt, entscheidet das Losverfahren, ob ein BSK-Kurs stattfindet oder nicht. Das trägt nicht dazu bei, dass es für alle Beteiligten eine Infrastruktur gibt, die verlässlich ist und wo man Angebote zielgerichtet aufsuchen kann. Das vielleicht noch zum Schluss, abgesehen davon, dass das die finanzielle Schwierigkeit und Wirtschaftlichkeit auch noch mal hervorhebt und Kursleitungen sich in- zwischen gegen BSK entscheiden, weil sie ihre Zukunft nicht – krass ausgesprochen – von einem Losverfahren abhängig machen können.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank auch für Ihr Statement! – Dann darf ich dem Staatssekretär Max Landero das Wort für die einleitende Stellungnahme geben. – Bitte!

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Erst mal vielen Dank auch für die Worte an uns! – Sie haben es gerade dargestellt: Die Zuständigkeiten für die gesetzgeberischen Aufgaben bei der flächendeckenden Sprachförderung im Rahmen des Gesamtprogramms liegen beim Bund. Derzeit stellt der Bund keine ausreichenden Mittel für den ganzen Umfang der Deutschsprachförderung zur Verfügung. Die Streichung der Wiederholungsmöglichkeiten bei den Integrationskursen und fehlende Anschlussangebote bei den Berufssprachkursen haben zu einer Förderlücke geführt, die für viele Eingewanderte und Geflüchtete die Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt sehr erschwert. Bei den allgemeinen berufsbezogenen Berufssprachkursen finden keine A2-, B1-, C1- und C2-Kurse statt, B2-Kurse standen nur eingeschränkt zur Verfügung. Im ersten Quartal konnten 91 und im zweiten Quartal 57 B2-Kurse in Berlin angeboten werden, das entspricht 50 Prozent des Vorjahreswerts. In der zweiten Jahreshälfte ist es zu einer Verbesserung gekommen. Die Zahl der B2-Kurse stieg im dritten Quartal auf 79 und im vierten Quartal auf 110. Derzeit laufen 45 Azubi-BSK, zusätzlich sind 20 bis 30 Kurse im vierten Quartal geplant, und sechs BSK für frühpädagogische Berufe.

Der Job-BSK bleibt überschaubar, aber mit positiver Entwicklung im Jahr 2025. Im Land Berlin gibt es 2025 bisher 43 Job-BSK, größtenteils aus den Bereichen Pflege – die Charité mit neun Kursen –, Pädagogik, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Bürokommunikation und Gebäudereinigung. Davon sind derzeit 28 Kurse aktiv, weitere 26 sind geplant. Bei den berufsspezifischen BSK finden Kurse in den Bereichen Gewerbe, Technik und Einzelhandel statt. Hier werden Sprachangebote benötigt, die es insbesondere Jugendlichen ermöglichen, einen Sprachstand von mindestens B1 oder B2 zu erreichen. Mit fehlender Anschlussförderung sind die Aufnahme einer Ausbildung und die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt leider sehr schwer. Aufgrund der gestrichenen Wiederholungsmöglichkeiten haben zudem derzeit 13 Personen mit Seheinschränkungen nicht die Möglichkeit, die B1-Prüfung nachzuholen und im Anschluss an beruflichen Rehabilitierungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit teilzunehmen.

Die Lösungsansätze auf Bundesebene: Unsere Abteilung und ich setzen uns natürlich dafür ein, Absprachen mit den anderen Ländern für eine schnellstmögliche Schließung der Förderlücke und Wiederherstellung des vollen Spektrums der Berufssprachkurse einzusetzen. Die bewährte Struktur der Sprachprogression muss auf allen Lernstufen und -ebenen sichergestellt werden. Wir haben am 22. Januar 2025 ein Schreiben an das BMAS versandt, in dem wir die Priorisierung der BSK eingefordert und gebeten haben, die angekündigten Kürzungen zurückzunehmen. Daraufhin wurde uns versichert, dass bei der Aufstellung des Haushalts 2025 eine bedarfsgerechte Mittelveranschlagung durchgeführt werden soll. Mit entsprechendem

Beschluss auch auf der Integrationsministerkonferenz 2025, wo Berlin mit antragstellendes Land war, haben wir beschlossen, dass der Bund die Mittel für die BSK von 320 auf 450 Millionen Euro aufstockt. Das hat zu einer Verbesserung des B2-Angebots geführt.

Ein besonderes Anliegen liegt in der zielgenauen Förderung von Frauen, die oft mehr Zeit für die Arbeitsmarktintegration brauchen. Häufig haben sie Berufe in reglementierten Bereichen, daher brauchen sie eine Anerkennung für ihre ausländischen Berufsqualifikationen für bildungsadäquate Beschäftigung. Zudem sind sie häufig für Carearbeit zuständig. Problematisch ist auch, dass Frauen häufig durch die Beratung im Jobcenter nicht mehr erreicht werden, wenn die Arbeitsmarktintegration der Männer erfolgt und dann die ganze Familie als Bedarfsgruppe aus der Beratung herausfällt. Norwegen beispielsweise verfolgt einen individuellen Integrationsansatz, der auch hier in Berlin und Deutschland geprüft werden sollte. Dies hätte insbesondere für Frauen und die Sprachförderung von Frauen einen positiven Ansatz.

Die Lösungsansätze bei uns sind, dass wir natürlich einerseits Erfahrungs- und Wirkungsaustausch vornehmen und uns in Koordinierungskreisen mit Verbesserungs- und Lösungsvorschlägen beschäftigen, zum Beispiel dadurch, den Bedarf nach Sprachkursen für Frauen beispielsweise durch Angebote für bezirkliche Elternkurse zu decken. Die landesfinanzierten Deutschkurse für Geflüchtete wurden im Rahmen einer Pilotierung für alle Zielgruppen der Geflüchteten geöffnet, die einen Integrationskurs besucht, das B1-Niveau jedoch nicht erreicht und keine Wiederholungsmöglichkeit mehr haben. Mit dieser Öffnung konnten motivierte Lernende die Sprachprogression fortsetzen.

Vielleicht auch noch ein paar Punkte zum Ausblick: Ich kann einerseits sagen, dass das Thema insbesondere auch bei den Kollegen der Senatsverwaltung für Integration sehr hohe Priorität hat und dass wir uns auch vorgenommen haben, das Thema nächstes Jahr noch mal ein bisschen höher zu hängen. Das ist natürlich auch immer eine Frage der personellen Ausstattung bei uns, aber wir haben ein motiviertes Team, in dem wir uns vor ein paar Wochen zusammengesetzt und überlegt haben, wie eine solche Sprachstrategie für Berlin aussehen kann. Es wäre vielleicht auch noch mal wichtig, die verschiedenen Akteure und Handlungsfelder, die es gibt, zu verzahnen. Wir stehen dafür auf jeden Fall zur Verfügung. Wir haben auch sehr hart darum gekämpft, dass wir im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung das Themenfeld bei uns in der Zuständigkeit mit verankert haben. Das sind, glaube ich, wichtige Punkte, auf denen wir jedenfalls aufbauen wollen. Wir wissen, dass wir immer wieder nur Schritt für Schritt vorangehen, aber wir wollten auf jeden Fall das Zeichen setzen, dass es auch einen strategischeren Ansatz braucht. – Wollen Sie noch ergänzen?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Şener!

Dr. Ulaş Şener (SenASGIVA): Vielleicht kann ich noch ergänzen, dass wir bei diesen Pilotierungsmaßnahmen jetzt auch noch die Zielgruppe der internationalen Studierenden dazugeommen haben. Hier gibt es Koordinierungsrunden mit den Hochschulen und Universitäten. Es gibt einen sehr hohen Bedarf, vor allem für internationale Studierende, die mit Englischkenntnissen für englischsprachige Programme hierherkommen, dann aber, wenn sie an einer Arbeitsmarktintegration interessiert und dazu gewillt sind, keine Angebote haben. Dafür stehen die BAMF-Angebote eben nicht zur Verfügung.

Ansonsten würde ich vielleicht noch mal kurz zur Situation beim Bund ergänzen. Es ist tatsächlich so: Es gab im Laufe des Jahres diese Aufstockung, wofür auf Bund- und Länderebene wirklich sehr viel Engagement aufgebracht wurde, nur sie reicht einfach nicht. Wir haben seit einigen Jahren den Fall – wir sind ja nicht dafür zuständig, aber wir begleiten das mit sehr viel Herzblut, weil es sehr viele Auswirkungen auf Berlin hat; Berlin ist davon insbesondere betroffen –, dass immer mehr Personen kommen, die Integrationskurse abschließen und dann in die BSK, die Berufssprachkurse, kommen. Nur ist es tatsächlich so, dass das BAMF zwar von einer Priorisierung spricht, wir haben aber von Anfang an gesagt, dass das ein Moratorium ist, denn – wie Herr Landero gesagt hat, und Frau Zirkelbach hat es auch noch mal unterstrichen – es gibt derzeit keine A1-, A2-, B1-, C1- und C2-Kurse. – Ich habe das so oft wiederholt, ich kann es jetzt auswendig. – Das ist nicht zufriedenstellend, und wir bemühen uns weiter auf Bund- und Länderebene, dies anzugehen und darauf aufmerksam zu machen.

Gleichzeitig schauen wir auf Fachebene im Austausch auch mit den VHS und den anderen Stakeholdern – Arbeitsagentur, Jobcenter, jetzt auch mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft –, auch in enger Absprache übrigens mit Ihrer Abteilung, Frau Klapp – wir haben auf der Arbeitsebene wirklich einen hervorragenden Austausch –, mit Landesmitteln dort etwas zu ermöglichen, wo es gerade sehr akuten Bedarf gibt. Da wäre natürlich noch Luft nach oben, der Haushalt ist allen bekannt, aber prinzipiell wären wir natürlich in der Lage. Das ändert nichts daran, dass grundsätzlich der Bund dafür zuständig ist. So hohe Zahlen kann das Land nicht einfach selber bedienen. – So weit, danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind wir jetzt in der Aussprache. Ich habe schon zwei Wortmeldungen vernommen, gerne mehr. Das ist einmal Frau Eralp, dann Herr Dr. Bronson. – Dann bitte, Frau Eralp!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an Sie für die wichtigen und interessanten Informationen, aber vor allem für Ihre tägliche Arbeit, die Sie für die Stadt Berlin und für die Betroffenen, für die Geflüchteten leisten! – Ich habe jetzt mehrere Fragen an Sie beide. Zum einen: Was erwarten Sie oder würden Sie sich vom Parlament hier wünschen, vom Abgeordnetenhaus und vom Senat, damit Ihre Arbeit noch stärker unterstützt wird? Es sind ja gerade Haushaltsverhandlungen: Welche zusätzlichen finanziellen Ressourcen bräuchten Sie? Welche Unterstützungen würden Sie sich sonst vorstellen? – Es gab im Senatsentwurf bei den Volkshochschul-Deutschkursen ursprünglich eine Kürzung von 500 000 Euro jährlich. Deswegen haben wir als Linksfraktion Änderungsanträge eingebracht, weil wir wollen, dass diese Kürzungen rückgängig gemacht werden. Wie ist da der aktuelle Stand? Die Frage richtet sich auch an den Senat.

Es war ja bisher so, dass die Volkshochschulkurse auch als Auffangbecken dienten für diejenigen, die keinen Platz bei den BAMF-Kursen gefunden haben oder aus irgendwelchen anderen formalen Gründen aus dem Anwendungsbereich herausgefallen sind. Dadurch, dass es bei diesen Kursen jetzt Kürzungen auf Bundesebene gibt, habe ich den Eindruck, dass es eher einen Ausbau gebraucht hätte bei den Deutschkursen, auch bei den berufsspezifischen. Wie ist da Ihre Auffassung, Ihr Wunsch? Ich weiß, dass die Senatsverwaltung natürlich ein Interesse hat, die Arbeit weiterhin zu unterstützen, aber aus meiner Sicht ist das aktuelle Budget nicht ausreichend. Mich würde interessieren, wie Sie das sehen, ob Sie das teilen, oder welche Unterstützung Sie grundsätzlich fordern.

Die Frage an die BEMA ist, wie wir die Arbeit unterstützen können. Es gab neulich ein Symposium in der Friedrichshainer Bibliothek, wo Arbeitsmarktintegration stark das Thema war. Da gibt es noch viele Punkte, die langen Anerkennungszeiten und die vielen komplexen Themen. Es war zumindest so, dass die anwesenden Bundestagsabgeordneten das Problem auch gesehen haben und es Änderungen geben soll, was beispielsweise bundesrechtliche Regelungen betrifft, um Anerkennungen zu vereinfachen, aber ein Problem sind weiterhin auch die Wartezeiten auch beim LAGeSo. Wie schätzen Sie das ein? Was sind hier aus Ihrer Sicht die größten Hürden, und was sagt der Senat dazu? Wir haben in der Vergangenheit – – Das Problem gab es schon unter R2G, das gehört auch dazu, aber man muss sagen, dass eigentlich eine Personalaufstockung notwendig wäre, um diese Anerkennungsverfahren weiter zu beschleunigen. Welche weiteren Möglichkeiten sehen Sie, um hier noch weiter zu Verbesserungen zu kommen?

Eine Frage ist auch noch: Wie sehen Sie das, was die Betreuung von Kindern angeht? Häufig trifft es eher die Mütter. Es gibt sehr gute Erfahrungen mit Sprachkursen, wo parallel Kinderbetreuung angeboten wird. Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend, was da in Berlin aktuell stattfindet, oder sehen Sie zusätzliche Bedarfe? Was sagt der Senat zu dieser Frage, konkret dieser Unterstützung von Müttern, damit sie den Weg auf den Arbeitsmarkt finden, soweit sie das wünschen? Die meisten wünschen sich das. – Das sind im Prinzip die Fragen, und dann noch mal vielen Dank für Ihre wichtige Arbeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Herr Dr. Bronson!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank Ihnen beiden für den interessanten Vortrag! – Frau Ketelsen, wir sind uns ja schon mal begegnet. Sie haben einen Vortrag im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien gehalten, und meine Frage geht wieder in die gleiche Richtung wie die, die ich damals hatte. Ich weiß nicht, vielleicht können Sie sich noch erinnern. Was mich ein bisschen erstaunt hat bei den Gesprächen, die Sie führen: Ganz oben auf der Liste waren die Menschen aus Polen. Nun ist es ja so, dass seit einigen Jahren, seit sich die polnische Wirtschaft sehr gut entwickelt hat und Polen ein größeres Wirtschaftswachstum hat als Deutschland, sehr viele Polen aus Westeuropa zurückgehen nach Polen, um dort zu arbeiten. Diese Zahl ist größer als die derjenigen, die Polen jetzt verlassen, um in Westeuropa ihr Glück zu versuchen. Können Sie vielleicht jetzt erklären, warum immer noch so viele Polen zu Ihnen kommen, obwohl die Tendenz eigentlich rückläufig ist? Vielleicht haben Sie in der Zwischenzeit etwas erfahren, was das erklären könnte. Das würde mich schon interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Es gibt vorläufig noch zwei Wortmeldungen. Danach sind Sie mit der Antwortrunde dran. – Frau Senge von der CDU, bitte!

Katharina Senge (CDU): Vielen Dank! – Ich habe noch ein paar Rückfragen. Zum einen ging es um die Job-BSK oder vielleicht auch Ausbildungs-BSK. Der Staatssekretär hatte eine Zahl genannt, und dazu würden mich noch Details interessieren. Sind das die Kurse, die in den Ausbildungsbetrieben in kleinen Gruppen stattfinden? Wie viele Jugendliche, wie viele Auszubildende werden damit erreicht? Die haben ja eine flexible Größe. Also die Zahl der Kurse oder der Angebote ist das eine, aber die Zahl der Menschen, die damit erreicht werden, wäre noch eine Rückfrage von mir. – Die Idee des Sprachkonzepts finde ich gut. Ich finde es sehr gut, dass Sie sich vernetzen und zusammensetzen.

Mich würde noch interessieren: Frau Zirkelbach, Sie haben sehr deutlich gemacht, dass die Nachfrage höher ist als das Angebot. Können Sie differenzieren, wonach die Nachfrage höher ist? Insbesondere, gibt es bestimmte Kursmodelle, was die Tageszeiten angeht oder die zeitliche Struktur? Wenn man auf die Karte schaut, diesen Navi-Kursfinder, gibt es allein in meinem Stadtteil Schöneberg eine große Anzahl von Kursen mit ganz vielen freien Plätzen, die im Januar anfangen, also scheint es offensichtlich ein Mismatch von Angebot und Nachfrage zu geben, denn zumindest dort sieht man auch viel Angebot. Das können Sie sicher noch ein bisschen erläutern, wo hier das Problem liegt.

Dann würde mich als letzte Frage auch das Thema Frauen interessieren. Es gab im Herbst eine Studie dazu, dass diese Abkehr von diesem sehr statischen „Modularer Spracherwerb und dann ein Weg in die Arbeit“ insbesondere bei den Ukrainern Erfolge gezeigt hat und bei Personen aus Fluchtländern, allerdings wiederum nur bei Männern und bei den Frauen eben nicht. Wenn sich jemand berufen fühlt, vielleicht noch darauf einzugehen, woran das liegt und was man dagegen tun könnte, würde ich mich freuen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Herr Franco von Bündnis 90/Die Grünen, bitte!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Sachverständigen! Auch ich habe noch ein paar Nachfragen. So, wie Sie die Situation schildern, klingt das dramatisch. Wenn wir die ganze Zeit sagen, Sprache ist der Schlüssel für erfolgreiche Integration, dann haben wir nicht nur ein paar Bedarfsspitzen, die wir gerade nicht abdecken können, sondern ein System, das nicht ausreichend Kapazitäten hat und somit gar nicht funktionieren kann. Ich finde, das ist etwas, was aufrütteln sollte.

Ich habe noch Fragen, einmal an Frau Zirkelbach: So, wie ich jetzt den Staatssekretär verstanden habe, gibt es insgesamt circa 50 Prozent weniger Angebot als zuvor. Können Sie mal sagen, was Sie an Rückmeldungen bekommen, was das für Auswirkungen auf die Lebensperspektiven der Betroffenen hat? Also bekommen Sie Rückmeldungen: Jetzt kann ich deswegen beispielsweise nicht meinen Job antreten. Jetzt weiß ich gar nicht mehr, was ich tun soll, weil ich nicht weiß, wo ich das erlerne. Jetzt sitze ich ein Jahr rum und kann nichts machen und versuche es nächstes Mal noch mal –? Können Sie uns vielleicht noch mal verbildlichen, was das konkret heißt, dass jetzt die Angebote so weit zurückgekürzt worden sind?

Sie die Wartezeiten angesprochen. Können Sie das quantifizieren, oder ist das schlicht unmöglich, weil man zur nächsten Kursanmeldung ohnehin wieder vor dem gleichen Problem steht? Mich würde auch interessieren, da Sie jetzt gesagt haben, die C1- und die A-Kurse fallen vollständig weg: Was heißt das für die betroffenen Personengruppen? Das sind ja Leute, für die plötzlich gar kein Angebot mehr da ist, und zwar einmal für die Menschen, die faktisch überhaupt kein Deutsch sprechen und für die es zumindest wichtig wäre, dass sie die Grundlagen erlernen, und für die Leute, die dann eher schon in den qualifizierten Bereich gehen. Da kann ich es mir fast noch ein bisschen einfacher vorstellen, dass das dann besser klappt, denn dann sind schon rudimentäre Kenntnisse vorhanden, wenn man schon eine Arbeitsstelle hat. Das würde mich schon interessieren, was das für die beiden Gruppen heißt, die jetzt plötzlich, aus meiner Sicht zumindest, erst mal gar nicht mehr versorgt werden können.

An Frau Ketelsen habe ich Fragen, da Sie wahrscheinlich insbesondere Personen beraten, die in prekären Arbeitsverhältnissen unterwegs sind: Auch wenn es so etwas gibt wie Arbeitneh-

merrechte, wissen wir ja, dass Zwölfstundentage und mehrere Schichten am Stück leider Alltag bei den Betroffenen sind, und das dann in Verbindung mit dem Privatleben zu bringen, stelle ich mir schon schwer genug vor, aber zum Beispiel auch mit Kursen, überhaupt mit der Möglichkeit eines strukturierten Spracherwerbs – Können Sie einmal sagen, wie das Ihre Klienten überhaupt in Verbindung oder unter einen Hut bekommen beziehungsweise was Sie zurückgemeldet bekommen? Was würde für Menschen, die schon in Arbeitsverhältnissen sind, und sei es in diesen prekären Arbeitsverhältnissen, also kein regelmäßiger Nine-to-five-Job, die Situation verbessern, die Sprache zu erwerben? Mehr Flexibilität klingt jetzt komisch, aber was wünschen die sich? Wie, würden die sagen, können sie das in ihren Alltag besser integrieren, damit sie effektiv die Sprache lernen können?

Mich würde mit Blick auf Menschen, die eher im hochqualifizierten Bereich unterwegs sind, wo vielleicht in einigen Jobbereichen die deutsche Sprache gar nicht so wichtig ist, auch interessieren: Gibt es unterschiedliche Bedarfe, dass die sagen: Eigentlich bräuchten wir nur spezielle Fortbildungen, und zwar eigentlich vonseiten unseres Arbeitgebers –? Wohin kommen die in der Regel, oder was sind die Bedarfe, die diese Menschen brauchen? Ich hoffe, Sie können es einigermaßen beantworten. Das war jetzt doch etwas über den Horizont hinausgeblickt, zumindest die letzten beiden Fragen, aber vielleicht haben Sie da einige Erfahrungen, die Sie mit uns teilen können.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. Dann könnten Sie gleich auf dieses großes Bündel an Fragen, die Sie bekommen haben, antworten. Sehr wohl möchte ich noch mal darum bitten, dass Sie das zeiteffektiv wie möglich machen, denn wir haben noch einen wichtigen weiteren Tagesordnungspunkt, und dazu möchte ich unsere Gäste schon mal recht herzlich begrüßen, die schon geduldig, wie Sie auch geduldig waren, warten, aber trotzdem: Sie haben jetzt das Wort, und das, was für Sie wichtig ist, können Sie uns jetzt mit auf den Weg geben. Dann darf Frau Ketelsen beginnen. – Bitte sehr!

Svenja Ketelsen (BEMA): Ich fange an, denn ich habe mit Sicherheit weniger zu beantworten, und zwar die ersten Fragen in dem Sinne, was unsere Arbeit generell unterstützen würde. Die Volkshochschulen wurden darauf angesprochen, wie viel Geld sie mehr benötigen würden. Das würde ich auch gerne noch mal kurz aufgreifen. Das betrifft uns natürlich auch. Es kündigt sich so leicht am Horizont für das Jahr 2027 eine massive Kürzung beim BEMA an, die massive Auswirkungen auf die Beratungstätigkeit haben wird, wenn es dabei bleibt. So, wie die Ausschreibung ist, auf die wir uns gerade beworben haben, sieht es so aus, als würden wir im zweiten Jahr 180 000 Euro weniger bekommen. Das wäre für mich schon ein Thema. Wenn Sie irgendwo im Haushalt noch herumschütteln können, um das wieder auszugleichen, würde uns das massiv helfen, um unsere Beratungstätigkeit langfristig gut aufrechtzuerhalten.

Zum Thema – ich fange mal unten an – Hochqualifizierte kann ich nichts sagen, weil das nicht die Thematik ist, zu der wir arbeiten. Nicht, dass nicht auch Hochqualifizierte bei uns landen, wenn sie hier am Ende durch fehlende Integrationsmaßnahmen in prekären Verhältnissen arbeiten; so bearbeiten wir dann ihre arbeitsrechtlichen Verstöße, mit denen sie zu uns kommen, und nicht weiterführende Themen.

Zum Thema: Wie kann ich prekäre Arbeitsverhältnisse überhaupt mit Sprachkursen vereinbaren? Dazu ist die Rückmeldung aus dem Beratungsteam eben genau: Das geht nicht. Es ist nicht machbar, wenn ich einen Zwölfstundentag habe, am Ende noch einen Kurs umzusetzen

oder den privat zu machen. Wir haben im Team darüber gesprochen, was Maßnahmen sein könnten, um das zu verbessern. Dinge wie beispielsweise ein Job-BSK, der auch innerhalb der Arbeitszeit umgesetzt werden kann, sind natürlich gut. Die müssten, wie gesagt, niedrigschwelliger für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erreichbar sein. Vielleicht wäre es da wichtig, noch mal Maßnahmen zu implementieren, um auch mittelständische und Kleinunternehmen anzusprechen, wie die diese Instrumente bei sich anwenden können, denn ich habe die Rückmeldung bekommen, dass dieses Angebot dort ganz oft gar nicht bekannt ist. Dann haben wir aber auch häufig mit Arbeitgebern zu tun, die gar kein großes Interesse daran haben, dass deren prekär beschäftigte Mitarbeitende sich weiterbilden und am Ende den Job verlassen und weiterziehen. Das heißt, vielleicht wäre es mal gut, darüber zu diskutieren, welche Maßnahmen vielleicht ergriffen werden können, sodass Arbeitgeber verpflichtet werden, Integrationsmaßnahmen während der Arbeitszeit stattfinden lassen zu müssen. Da bin ich jetzt nicht so tief drinnen, inwiefern das eine Möglichkeit wäre, aber das wäre mal so ein Impuls: Wie kann man Arbeitgeber mehr in die Pflicht nehmen?

Zur Frage nach den Ratsuchenden aus Polen: Ich kann Ihnen immer noch nicht so viel mehr sagen als beim letzten Mal. Warum ist die größte Gruppe bei uns aus Polen? –, ist die Frage. Ich habe vor zwei Jahren mal eine Studienreise nach Warschau gemacht. Ein Erklärungsversuch, den ich Ihnen mitgeben möchte, ist, dass die uns rückgemeldet haben – ich war noch in einer anderen Tätigkeit dort –, dass die Erwerbsmigration aus der Ukraine oder aus anderen noch weiter östlich liegenden Ländern zu ihnen kommt und dort eine ähnliche Struktur besteht, dass die eher in den ausbeuterischen Verhältnissen landen und die gut Qualifizierten nach Deutschland kommen. Ich vermute, das ist immer noch so ein Sogeffekt, und dass es mit Sicherheit viele besser Qualifizierte gibt, die wieder zurück nach Polen gehen. Die Zahlen kennen wir auch. Aber in dem Bereich der prekär Beschäftigten, in dem wir unterwegs sind, sehen wir immer noch keine Änderung. Es gibt immer noch eine hohe Nachfrage, einen hohen Zuzug von Menschen, die in diese Erwerbstätigkeit hierherkommen. Das nur ein Versuch der Erklärung, dass es in gewissen Arbeitsbereichen immer noch diese Ost-West-Bewegung gibt. – [Zuruf von Dr. Hugh Bronson (AfD)] – Einen Austausch glaube ich nicht.

Hürden bei der Anerkennung: Dazu habe ich etwas von meiner Kollegin mitgebracht. Sie hat gesagt, es gibt Länder in der EU, in denen es deutlich weniger Möglichkeiten zur Anerkennung gibt als in Deutschland, also im Sinne von: Es gibt nicht so viele verschiedene Paragraphen, auf denen ich meinen Aufenthaltsstatus bekommen kann, auf denen ich meinen Berufsabschluss anerkennen kann. In Deutschland, hat sie mir gesagt, gibt es bis zu 40 Paragraphen, aufgrund derer ich hier einen Aufenthalt bekommen kann. – Ich bin, muss ich dazusagen, im Thema Anerkennung von Berufsabschlüssen nicht die Expertin. Das ist gerade der O-Ton meiner Kollegin aus dem anderen Bereich. – In anderen Ländern der EU gibt es teilweise nur bis zu vier Paragraphen. Das entlastet die Verwaltung und auch die Menschen, die hierherkommen oder in die jeweiligen Länder, um einfach mehr Klarheit zu bekommen. Es gibt mehr Sicherheit: Wie sind die Wege zum Aufenthaltsstatus? Wie sind die Wege in den Beruf, in die Integration? Das ist hier sehr komplex und sehr vielfältig. Vielleicht könnte man dadurch Verwaltungen entlasten. Das sind alles Themen für die Bundesebene, denke ich. Dann ist es natürlich immer eine Frage – das ist heute hier oder da auch schon gefallen – einer Aufstockung von Verwaltung, damit Anträge besser und schneller beantwortet werden können. Das wäre mit Sicherheit eine Erleichterung. – Ich glaube, ich habe ungefähr alles kurz angesprochen, was gefragt war, und würde abgeben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Ketelsen! – Frau Zirkelbach, Sie haben das Wort.

Karin Zirkelbach (VHS City-West): Vielen Dank! Ich eile! – Die Frage, ob wir mehr Finanzen brauchen, möchte ich mit Ja beantworten, aber ich möchte keine Zahlen nennen. Ich zitiere aus dem Gesamtprogramm für Sprachen, veröffentlicht auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit: Integrationskurse gab es seit 2005. BSK-Kurse wurden 2016 eingeführt. Zielrichtung war ein flächendeckendes, differenziertes Angebot für Neuzugewanderte aus Drittstaaten und der EU sowie Migrantinnen und Migranten, die schon länger in Deutschland leben, zu schaffen. – Das ist jetzt auch mal meine Zielmarke. Ich möchte das gerne, und da ist sicherlich noch mehr, insbesondere die Zielgruppe, die hier genannt wird, die gar nicht an den Volkshochschulen, bei Jobcentern oder irgendwo ankommt. Die ist mir auch bekannt. Die kommen gar nicht an, und die Gründe liegen nicht immer daran, ob man die Sprache erwerben will oder nicht.

Dann komme ich zur nächsten Frage: Wie werden Spracherwerb, Sprachlernen, Deutschkurse mit Familie verknüpft? – Sehr gut. Das war vor drei, vier Jahren ganz anders, aber inzwischen wissen Sie auch, dass die Kitas nicht mehr so gut besucht sind. Es gibt wirklich reichlich freie Plätze, und im Zweifelsfall gibt es auch Tagesmütter, die in der Nähe sind und die Betreuung dann übernehmen. Diese Kinderbetreuung zum Deutschkurs ist vielleicht in einzelnen Brennpunkten, aber ganz grundsätzlich nicht mehr notwendig. Mir persönlich und uns im Haus ist auch daran gelegen, dass die Eltern die Kitaplätze nutzen und nicht ein Extraprogramm haben.

Dann, Frau Senge, komme ich zu Ihnen. Sie haben die Frage gestellt: Wie lassen sich Spracherwerb und Beruf oder vielleicht auch Arbeitsplatz kombinieren? – Für die Volkshochschulen kann ich sagen: Die zwölf Volkshochschulen in den Bezirken bieten, glaube ich, zu jeder Tages- und Nachtzeit mit dem Privileg für unterschiedliche Kursgrößen und Zielgruppen Angebote an. Es geht eher darum, dass wir zum Beispiel durch die BSK etwas verpflichtet sind, aber wenn die Nachfrage höher ist, können sie sagen: BSK B2 mehr für Langsamere, BSK B2 mehr für Schnellere. – Also das geht. Was Sie gerade gesagt haben, dass Sie auf einer Webseite gefunden haben, dass jetzt noch ein Kurs von Januar offen ist – Habe ich das richtig verstanden? – [Zuruf von Katharina Senge (CDU)] – Okay, da würde ich jetzt eher fragen, ob es ein Webseitenproblem gibt. Wieso stehen die von Januar noch drin? Wissen Sie, der Zeitraum irritiert mich ein bisschen. – [Katharina Senge (CDU): Ab Januar!] – Ab Januar. Sie hören mein Rätselraten, weil die Kurse eher voll sind, oder wenn sie nicht voll sind, werden sie geschlossen. Es gibt auch BSK, die aus verschiedenen Gründen nicht gefüllt werden. Dann werden sie geschlossen und neu aufgelegt. Ich müsste es mir mal anschauen, damit ich genau weiß, warum. Eigentlich bin ich eher überrascht, dass es Angebote gibt, die nicht besetzt sind und noch weiterhin zur Verfügung stehen, denn normalerweise schließt man die dann und startet einen neuen Versuch zu einem anderen Zeitpunkt.

Die Volkshochschulen haben einen Job-BSK und zwei Azubi-BSK. Da gibt es noch Anfangserfahrung. Vielleicht sollte ich sagen, dass es in der Tat so ist, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder auch Selbstständige – hochqualifiziert, ungelern – einen hohen Bedarf an Deutschkursen melden, aber die Umsetzung an ganz verschiedenen Punkten scheitert. Es ist nicht immer so, dass es Arbeitgeber nicht wollen, aber der Arbeitsbetrieb steht oft im Vordergrund, und Deutschkurse rücken damit in den Hintergrund. Das ist aber sehr unterschiedlich. Ich selber habe an der Volkshochschule City-West zwei sehr positive Beispiele. Arbeitgeber

stellen die Leute frei, achten darauf, dass sie kommen. Dann lernen die auch Deutsch. In dem Moment, wo das nachlässt, ist das nicht so stark.

Was passiert mit Menschen ohne Angebote? – Das kann ich Ihnen nur zum Teil beantworten. Wir versuchen natürlich, Alternativen zu schaffen. Es gibt Angebote für Leute, die die Kurse selber zahlen. Das ist von der Kaufkraft, vom Entgelt abhängig. Wir haben jetzt eine kleine Linderung durch die Pilotkurse. Alternativen für Eltern gibt es, weil sie in die ausgesprochen preiswerten Elternkurse gehen können, und diejenigen, die genug Geld haben, um ein Teilnehmerentgelt zu zahlen, können auch einen Kurs an der Volkshochschule zahlen, aber das ist dann so wie Englisch- oder, weiß ich nicht, Pilateskurse. Die gehören ganz woanders hin. Das reicht nicht aus, um die Systemlücke, die entstanden ist, auszufinanzieren oder auszugleichen, und es ist noch gar keine Lösung für das Problem, das hier geschildert worden ist.

Dann noch zu Arbeitsplatzbezug und Kursangeboten: Die Kursangebote, die eine Mischung zwischen Präsenz, Hybridunterricht und einem großen Selbstlernangebot haben, scheinen am ehesten zur persönlichen Zeitvorstellung zu passen, und die sind sehr gut nachgefragt, werden aber in aller Regel ab B2 nachgefragt, nicht auf niedrigen Niveaus. – Habe ich jetzt alle Fragen beantwortet?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Das sieht, finde ich, gut aus. Vielen Dank! Dann danke ich Ihnen ganz herzlich und gebe ganz schnell an die Senatsverwaltung ab, denn an die sind auch einige Fragen gerichtet worden. – Bitte sehr, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde noch mal einen Überblick geben wollen, und zwar haben wir in unserem Haus ja nicht nur die Abteilung Integration und Arbeit, sondern darüber hinaus auch die Antidiskriminierung und den Bereich Gleichstellung. Die Fragen, auch Ihre Äußerungen, die wichtigen Punkte, die hier gerade zusammengetragen worden sind, beziehen sich vor allem auf eine Perspektive, die als intersektional bezeichnet werden kann und in unserem Haus aus unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen, aber auch integrationspolitischen Bereichen erarbeitet wird. Das heißt, dass in Bezug auf Menschen, die nach Deutschland kommen und von Spracherwerb abhängig sind, aus vielen Bereichen Unterstützungsmöglichkeiten gegeben werden. Der Bereich Integration, das hat Herr Landero schon vorgetragen, hat hier vielfältige Möglichkeiten, um gerade Wissen zu vermitteln, wie im Bereich der Anerkennung von Abschlüssen gezielt unterstützt und gleichzeitig auch Sprache erlernt werden kann.

Zusätzlich hat der Bereich Gleichstellung im arbeitsmarktpolitischen Bereich auch ganz viele Integrationsmaßnahmen, die geflüchtete Frauen unterstützen sollen, um in den Arbeitsmarkt integriert zu werden und Kenntnis darüber zu verschaffen, wo Sprache erlernt werden kann. Zusätzlich wird aus einer antidiskriminierungspolitischen Dimension immer wieder die Frage des Zugangs mitberücksichtigt. Hier wird übergeordnet im Bereich Arbeit im Rahmen der Fachkräftestrategie, die derzeit erarbeitet wird, mitberücksichtigt, dass an genau dieser Stelle die Stellschrauben in den jeweiligen Verwaltungen gedreht werden und auch gedreht werden müssen, die noch mehr dazu verhelfen, über Digitalisierung, Verschlinkung und Beschleunigung darauf hinzuwirken, dass Menschen schneller Sprache lernen, Abschlüsse und Qualifikationen schneller anerkannt werden und dementsprechend in Guter Arbeit im Land Berlin landen. Damit meine ich nicht nur die prekären Jobs, nämlich die, die befristet sind und im

Zweifel den Niedriglohnsektor belegen, sondern eine sozialversicherungsrechtliche Tätigkeit, die entsprechend entlohnt wird und wo die Bedingungen abgesichert sind.

Ich will damit aufräumen, dass ganz häufig die Kritik im Bereich Anerkennung zutage tritt. Richtig ist: Es ist immer noch so, dass es in allen Bundesländern Defizite gibt. Die Anerkennung ist immer noch nicht so schnell, wie sie sein müsste, gemessen an dem, was Menschen hier an Unterlagen vorbringen müssen und an der Möglichkeit, in unterschiedlichen Sprachen in die Verwaltung hinein zu agieren. Das ist unbenommen, aber es hat sich in den letzten Jahren schon viel getan und vor allem, würde ich sagen, in den letzten Monaten noch mal. Es gab vor ungefähr zwei Monaten eine Berichterstattung über die aktuelle Datenlage, dass man sehen kann, dass über die Berliner Landesgrenzen hinaus die Anerkennungsverfahren schneller gehen und dass mit Rückenwind einmal über die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und jetzt auch über die Bundesregierung, die hier noch mal Anschub leistet und trotz der Länderkompetenzen in die Bundesländer hineinregiert und sagt, was hier noch beschleunigt werden muss.

Ansprechen möchte ich auch noch kurz den Job-Turbo, weil der vorhin von meinem Kollegen Herrn Landero kritisch betrachtet wurde, weil im Rahmen der Bundesfrage noch nicht ganz klar ist, wie es damit weitergeht. Einmal kritisch angemerkt: Es gibt mittlerweile drei Studien, die belegen, dass tatsächlich die Frauen, Ukrainerinnen, nicht so gut unterstützt worden sind, wie man sich das gewünscht hat, was auch daran lag, dass gerade die Frage Sprache und auch Kinderbetreuung hier häufig zu wünschen übrig ließ. Das heißt, Frauen benötigen in dem Moment, in dem sie Sprache erwerben wollen, Unterstützung, die noch mal über Zeitfragen hinausgeht. Das haben sowohl der Bund als auch der Bundesbeauftragte Daniel Terzenbach, der den Job-Turbo begleitet hat, zu dem Zeitpunkt ermöglicht. Im Land Berlin ist es nicht ganz so wild mit der Kinderbetreuung. Es gibt einzelne Bezirke, in denen das nicht alles ohne Weiteres gewährleistet ist, aber trotzdem die Möglichkeiten bestehen, hier noch mal anders und schneller zu unterstützen. Das wollte ich an der Stelle auch noch sagen.

Abschließend noch: Sie hatten angesprochen, dass wir eine Kürzung in Ihrem Bereich vornehmen. Da würde ich gerne noch auf die aktuelle Diskussion beziehungsweise den jetzt vorliegenden Entwurf zu sprechen kommen wollen. Im Einzelplan 11 ist es nicht so, dass im Kapitel 1140 und hier konkret im Titel 54010 eine Kürzung vorgenommen worden ist. Es sind 300 000 Euro weniger für beide Haushaltsjahre vorgesehen. Das sind 300 000 Euro, die auf eine Schutzwohnung zurückzuführen sind, die die Senatorin Anfang des Jahres eröffnet hat, und die sich in einem anderen Bereich wiederfinden, aber trotzdem weiterhin im Kapitel 1140 verortet sind. Deswegen war es mir wichtig, an der Stelle zu verdeutlichen, dass uns allen klar ist, wie wichtig das BEMA ist, und dass hier keine Kürzungen vorgenommen worden sind.

Ich würde noch einmal an den Kollegen abgeben, weil es hier noch konkrete Zahlenfragen gab; ich glaube, zur Unterscheidung zwischen Auszubildenden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Herr Şener das Wort.

Dr. Ulaş Şener (SenASGIVA): Vielen Dank! – Zahlen sind natürlich wichtige Indikatoren, und als Verwaltung legen wir großen Wert auf die konkrete Bedarfsermittlung, weil wir dementsprechend die Programme und natürlich auch die Mittel legitimieren. Beim Bundesprogramm sieht es mit den Zahlen derzeit etwas schwierig aus, weil das BAMF gerade eine Systemumstellung hat. Das heißt, was uns vorliegt, was auch öffentlich einsehbar ist, ist die Geschäftsstatistik vom letzten Jahr. Die liegt mir vor, ich habe sie auch als Vorbereitung auf diese Sitzung gesichtet. Die Zahlen für Berlin sind tatsächlich sehr hoch, bei B2 sogar im fünfstelligen Bereich. Bei den Job-BSK hatten wir im letzten Jahr 79 Personen, dieses Jahr hatten wir alleine im zweiten Quartal 200 Personen.

Wir stehen in engem Austausch mit dem BAMF, weil wir tatsächlich nur auf Arbeitsebene an Zahlen kommen. Das BAMF ist nicht auskunftspflichtig gegenüber Landesnachfragen, aber die Zusammenarbeit funktioniert gut. Was ich sagen möchte, ist: Derzeit ist es nicht so einfach, aktuelle Zahlen zu bekommen, aber zu den abgeschlossenen Kursen bekommen wir schon Zahlen; nur kann ich jetzt gerade, vor allem für die letzten beiden Quartale, keine lückenlosen Zahlen nennen. Aber der Geschäftsbericht zeigt auch im Hinblick auf die Projektion für die kommenden Jahre, wie hoch der Bedarf in Berlin ist und wie sehr wir unter diesem BSK-Moratorium leiden. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich allen! Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. – Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen beiden, Frau Ketelsen und Frau Zirkelbach, bedanken. Wir werden das Wortprotokoll abwarten und dann die Anhörung auswerten. Sie bekommen das auch zugeschickt. Bis dahin vertagen wir diesen Punkt. Beim nächsten Mal, wenn es so weit ist, werden wir das aufrufen. Wir freuen uns, wenn Sie uns dann entweder digital zuschauen oder vielleicht noch einmal hier im Raum sind. Vielen Dank noch mal für Ihre Teilnahme! Sie können der Sitzung noch folgen, aber in jedem Fall müssen Sie den Platz dort verlassen, weil wir jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Landesamt für Einwanderung – Herausforderungen
und Umgang mit dynamischem Antragsaufkommen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0233](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2554
**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zu Artikel 29 der
Verfassung von Berlin**

[0223](#)
IntGleich
BildJugFam*
Haupt
InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.